



Niederschrift **(öffentlicher Teil)**

über die 12. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom
07.06.2016

Anwesend:
siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:
Bürgermeister Richard Borgmann

Die Sitzung fand im Ausschusszimmer der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, statt.

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:05 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Sondersatzung über die Erhebung von Beiträgen gem. § 8 Kommunalabgabengesetz NRW für die Umgestaltung des Marktplatzes
Vorlage: FB 3/418/2016
2. Sondersatzung über die Erhebung von Beiträgen gem. § 8 Kommunalabgabengesetz NRW für den Neuausbau der Straße „Ostlandsiedlung“
Vorlage: FB 3/422/2016
3. Rückführung von fremdgenutzten Wegeflächen in städt. Eigentum (Bürgerantrag vom 14.07.2015)
hier: Bürgerantrag vom 10.05.2016
Vorlage: FB 3/419/2016
4. Öffnung der Verbindung zwischen den Baugebieten "Höckenkamp-Süd" und "Im Rott" an der Händelstraße
hier: Bürgerantrag vom 06.04.2016
Vorlage: FB 3/412/2016
5. Errichtung eines Musikanbaus/Orchesterprobenraumes am Gymnasium Canisianum;
hier: Gewährung eines Zuschusses
Vorlage: FB 2/679/2016
6. Bürgerantrag gem. § 24 GO - Brandprozession
Vorlage: FB 4/552/2016
7. Gründung der Tarifgemeinschaft Münsterland - Ruhr-Lippe GmbH und WestfalenTarif GmbH
Vorlage: FB 4/551/2016
8. Berichte
9. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

10. Vergabe des Schulbuchauftrages für das Schuljahr 2016/2017 mit der Option der Verlängerung bis Schuljahr 2017/2018
Vorlage: FB 4/546/2016
11. Besetzung der Stelle "Leitung des Fachbereichs 3 / Planen und Bauen"
hier: Fraktionsantrag der SPD vom 16.05.2016
Vorlage: FB 1/447/2016
12. Berichte
13. Anfragen

Öffentlicher Teil:**TOP 1) Sondersatzung über die Erhebung von Beiträgen gem. § 8
Kommunalabgabengesetz NRW für die Umgestaltung des Marktplatzes
Vorlage: FB 3/418/2016**

Stv. Merten erklärt sich bei diesem TOP für befangen und nimmt im Zuschauerbereich Platz.
Frau Trudwig erläutert dem Ausschuss zunächst den Sachverhalt.

Stv. W. Kortmann merkt an, dass im Zuge der Satzungserstellung ein redaktioneller Fehler entstanden sein muss, da auf den § 2 der § 15 folge.

Frau Trudwig stimmt dieser Anmerkung zu, sodass künftig der § 15 in § 3 umbenannt werde.
Zudem vermisst Herr W. Kortmann detailliertere Zahlen in der Vorlage zu diesem TOP.

Frau Trudwig erwidert, dass es bereits im Vorfeld der Sitzung bezüglich der Höhe der Anliegerbeiträge eine Anfrage der SPD-Fraktion gegeben habe, dessen Beantwortung ebenso an alle Fraktionsvorsitzenden versendet wurde.

Daraufhin beschreibt Frau Trudwig das weitere Verfahren.

Stv. Berau bittet um genauere Erläuterung hinsichtlich der anrechenbaren Breite.

Frau Trudwig erklärt, dass die Gesamtkosten von 1. Mio. € zu einem Großteil nicht auf die Anlieger umgelegt werden könne, da ein Marktplatz auch viele gestalterische Elemente enthalte, welche vor allem der Allgemeinheit dienen würden. Hinsichtlich der anrechenbaren Breite habe die Verwaltung sich für die 5 Meter ab Grundstücksgrenze entschieden, da somit rundherum des Marktplatzes von einer Meterzahl von jeweils ca. 5 Metern ausgegangen werde. Dies entspreche ca. der Hälfte der Meterzahl, die in der Satzung für Fußgänger- und Geschäftsstraßen festgelegt sei. Ergänzend seien die Satzungsregelungen für die Gehwege von Hauptgeschäftsstraßen (6 Meter) herangezogen worden. Die genannten 5 Meter stellen einen Durchschnittswert der o.g. herangezogenen Werte dar.

Stv. W. Kortmann fragt an, aus welchem Grund bei diesem TOP ein Anliegeranteil von 50 % und beim kommenden TOP „Sondersatzung – Neuausbau der Straße Ostlandsiedlung“ ein Anliegeranteil von 60 % gewählt wurde.

Frau Trudwig verweist auf Ihre vorherigen Aussagen, dass ein Marktplatz deutlich mehr gestalterische Elemente für die Öffentlichkeit enthalte als eine Anliegerstraße.

Daraufhin lässt Bürgermeister Borgmann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Dem Rat wird empfohlen, die Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für Straßenbauliche Maßnahmen am Markt zu beschließen.

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	2

TOP 2) Sondersatzung über die Erhebung von Beiträgen gem. § 8 Kommunalabgabengesetz NRW für den Neuausbau der Straße „Ostlandsiedlung“

Vorlage: FB 3/422/2016

Frau Trudwig erläutert zu Beginn den Sachverhalt.

Herr Borgmann merkt an, dass der § 15 künftig als § 3 zu behandeln sei.

Daraufhin lässt Bürgermeister Borgmann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Dem Rat wird empfohlen, die Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für die straßenbauliche Maßnahme der Straße Ostlandsiedlung zu beschließen.

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	2

TOP 3) Rückführung von fremdgenutzten Wegeflächen in städt. Eigentum (Bürgerantrag vom 14.07.2015)

hier: Bürgerantrag vom 10.05.2016

Vorlage: FB 3/419/2016

Stv. Spiekermann-Blankertz regt an, die Datei des Kreises über die Fremdnutzung stadteigener Wegeflächen der Politik zur Verfügung zu stellen.

Bürgermeister Borgmann sagt dies zu.

Daraufhin lässt Bürgermeister Borgmann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Bürgerantrag vom 10.05.2016 wird zuständigkeitshalber an den Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt verwiesen.

-einstimmig-

TOP 4) Öffnung der Verbindung zwischen den Baugebieten "Höckenkamp-Süd" und "Im Rott" an der Händelstraße

hier: Bürgerantrag vom 06.04.2016

Vorlage: FB 3/412/2016

Stv. Spiekermann-Blankertz erklärt, dass dieser Beratungspunkt seiner Meinung nach bereits durch den Fraktionsantrag der SPD vom 17.01.2016 in der Sitzung des BVBU vom 16.02.2016 behandelt wurde. Er bittet daher, den damaligen Beschluss zu überprüfen.

Frau Trudwig sagt eine Überprüfung in Abstimmung mit Herrn Pieper zu.

Bürgermeister Borgmann erklärt zudem, dass die Verwaltung sich in der kommenden BVBU-Sitzung am 14.06.2016 zu diesem Beratungspunkt äußern werde.

Daraufhin lässt Bürgermeister Borgmann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Bürgerantrag vom 06.04.2016 wird zuständigkeitshalber an den Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt verwiesen.

-einstimmig-

**TOP 5) Errichtung eines Musikanbaus/Orchesterprobenraumes am Gymnasium Canisianum;
hier: Gewährung eines Zuschusses
Vorlage: FB 2/679/2016**

Bürgermeister Borgmann erläutert zunächst den Sachverhalt.

Stv. Dr. Biehle äußert seine Bedenken dahingehend, dass die Verwaltung bei solchen vermeintlich kleineren Zuschüssen der Meinung sei, diese Gelder über den Gesamthaushalt auffangen zu können, ohne konkret einen Deckungsvorschlag einzubringen.

Bürgermeister Borgmann erwidert, dass die Erfahrung gezeigt habe, dass nicht sämtliche Investitionen durch die Verwaltung umgesetzt werden können. Sollten dennoch im Jahr 2016 nicht ausreichend Gelder für diese Maßnahme zur Verfügung stehen, so wäre die Bereitstellung im Haushalt 2017 ebenso möglich.

Stv. Spiekermann-Blankertz äußert Kritik an der Vorgehensweise des Planungsbüros.

Hinsichtlich des Zuschusses erklärt Stv. Schäfer, dass bereits die Bezuschussung in Höhe von 100.000 € ein Problem für die FDP-Fraktion gewesen sei und schlägt daher vor, nun den Betrag auf 118.000 € zu deckeln.

Bürgermeister Borgmann fragt an, wie die Politik mit dem Zuschuss umgehen wolle, wenn der Förderverein erkläre, dass er seinen Beitrag am weiteren Zuschuss nicht tragen könne.

Stv. Schäfer schlägt vor, grundsätzlich den Zuschuss auf 118.000 € zu deckeln. Sofern eine weitere Erhöhung notwendig sei, könne diese nur aufgrund der fehlenden liquiden Mittel des Fördervereines erfolgen. Sollte dieser Sachverhalt zum Tragen kommen, schlägt er vor, dies wiederum im Fachausschuss zu beraten.

Stv. Möllmann erklärt, dass bei der großen Anzahl an Investitionen im Haushalt die Beträge Schwankungen unterliegen können. Unter Berücksichtigung dieses Aspektes erscheine ihm ein Betrag von ca. 17.000 € als eher geringfügig.

Zudem betont er, dass bei vielen Auftragsvergaben einstimmige Beschlüsse gefasst werden, bei denen die Auftragssumme unter dem HH-Ansatz liege, sodass häufig Einsparungen gegenüber dem Ansatz verbucht werden können.

Abschließend schlägt er vor, den Zuschuss auf einen Maximalbetrag in Höhe von 125.000 festzulegen, wobei dieser ein weiteres Mal erhöhte Betrag nur infrage komme, wenn der Förderverein erklären würde, seinen Betrag im erhöhten Zuschuss nicht stemmen zu können.

Stv. S. Havermeier äußert Ihren Unmut darüber, dass die Verwaltung über den möglichen Umstand, dass der Förderverein seinen Zahlungen möglicherweise nicht nachkommen könne, nicht in der Sitzungsvorlage hingewiesen habe.

Stv. J. Kortmann schließt sich der Kritik von Stv. S. Havermeier an und bittet darum, künftig klare Deckungsvorschläge zu machen, um dem Bürger transparenter erklären zu können, wie zusätzliche Zuschüsse vom Haushalt gedeckt sein können.

Stv. Schäfer erklärt, dass er seinen zu Beginn geäußerten Antrag zurückziehe.

Stv. Berau erkundigt sich nach den Kosten im Falle des „Worst Case“.

Bürgermeister Borgmann erklärt, dass die weiteren zusätzlichen Kosten sich auf ca. 8.000 € belaufen würden, sodass eine Erhöhung auf 125.000 € ausreichend wäre.

Dementsprechend stellt die UWG-Fraktion den Antrag, die Bezuschussung für den Neubau eines Musikanbaus am Gymnasium Canisianum auf maximal 125.000,00 € festzulegen.

Bürgermeister Borgmann lässt daraufhin über den Antrag der UWG-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

Der HFA gewährt einen Zuschuss in Höhe von maximal 125.000,00 € für den Neubau eines Musikanbaus am Gymnasium Canisianum.

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	5
Enthaltungen	4

TOP 6) Bürgerantrag gem. § 24 GO - Brandprozession

Vorlage: FB 4/552/2016

Bürgermeister Borgmann erläutert das Ergebnis des Gesprächs der Verwaltung mit den Kirchenvertretern.

Daraufhin bestehen keine Anfragen im Ausschuss, sodass Bürgermeister Borgmann über den Beschlussvorschlag abstimmen lässt.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, im Rahmen einer interfraktionellen Besprechung gemeinsam mit beiden Kirchen Gespräche über die in Zukunft durchzuführenden Brandprozessionen zu führen.

-einstimmig-

TOP 7) Gründung der Tarifgemeinschaft Münsterland - Ruhr-Lippe GmbH und WestfalenTarif GmbH

Vorlage: FB 4/551/2016

Bürgermeister Borgmann erläutert die Verpflichtungen, die sich aus dem ÖPNVG NRW ergeben.

Stv. Horstmann merkt an, dass die Information der Politik zu diesem Beratungsgegenstand umfangreicher hätte sein können.

Bürgermeister Borgmann erklärt, dass die Verwaltung in seinen Augen ausreichend informiert habe.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Lüdinghausen beschließt:

1.a Der HFA empfiehlt dem Rat der Gründung der Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe GmbH auf der Grundlage des als **Anlage 1 der Vorlage FB4/551/2016** beigefügten Gesellschaftsvertrages, an der die Stadt Lüdinghausen mittelbar beteiligt sein wird, zuzustimmen.

1.b Der HFA empfiehlt dem Rat die kommunalen Vertreter der Stadt Lüdinghausen zu beauftragen, alle erforderlichen Erklärungen zur Verwirklichung der in Ziffer 1.a beschriebenen Maßnahmen – insbesondere eine Zustimmung zum Abschluss des als **Anlage 1 der Vorlage FB4/551/2016** beigefügten Gesellschaftsvertrags – abzugeben.

1.c Die Beschlussfassungen zu den Ziffern 1.a und 1.b stehen unter dem Vorbehalt des positiven Abschlusses des Anzeigeverfahrens bei der zuständigen Bezirksregierung.

1.d Der HFA empfiehlt dem Rat die Bestellung des Geschäftsführers der Regionalverkehr Münsterland GmbH als Vertreter des Gesellschafters Regionalverkehr Münsterland GmbH in die Gesellschafterversammlung der Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe GmbH zu beschließen.

2.a Der HFA empfiehlt dem Rat der Gründung der WestfalenTarif GmbH auf der Grundlage des als **Anlage 2 der Vorlage FB4/551/2016** beigefügten Konsortialvertrages und des als **Anlage 3 der Vorlage FB4/551/2016** beigefügten Gesellschaftsvertrages durch die Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe GmbH, an der die Stadt Lüdinghausen mittelbar beteiligt sein wird, zuzustimmen.

2.b Der HFA empfiehlt dem Rat die kommunalen Vertreter der Stadt Lüdinghausen zu beauftragen, alle erforderlichen Erklärungen zur Verwirklichung der in Ziffer 2.a beschriebenen Maßnahmen – insbesondere eine Zustimmung zum Abschluss des als **Anlage 2 der Vorlage FB4/551/2016** beigefügten Konsortialvertrags sowie des als **Anlage 3 der Vorlage FB4/551/2016** beigefügten Gesellschaftsvertrags – abzugeben.

2.c Die Beschlussfassungen zu den Ziffern 2.a und 2.b stehen unter dem Vorbehalt des positiven Abschlusses des Anzeigeverfahrens bei der Bezirksregierung Detmold.

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	3

TOP 8) Berichte

Keine

TOP 9) Anfragen

Stv. Holz bittet Bürgermeister Borgmann darum, Kontakt mit den Bürgermeistern von Olfen und Datteln aufzunehmen, um eine Lösung hinsichtlich der Buslinie S 90 / S 91 bis nach Datteln zu finden.

Ursprünglich sei angedacht gewesen, dass diese Linie ab dem 01.08.2016 bis nach Datteln fahren könne. Derzeit steht laut Stv. Holz jedoch keine Wendemöglichkeit für die Busse zur Verfügung, sodass der Termin des 01.08.2016 deutlich weiter in die Zukunft geschoben werden müsse.

Bürgermeister Borgmann sagt daraufhin zu, mit den beteiligten Bürgermeistern Kontakt aufzunehmen.

Stv. Schäfer fragt nach, ob der Verwaltung bekannt sei, Fördergelder von Seiten des BAMF für die Betreuung von unbegleiteten Flüchtlingen zu bekommen.

Herr Kortendieck erklärt, dass dies der Verwaltung bekannt sei, die Aufgabe der Betreuung jedoch dem Kreis obliege.

Die Stadt Lüdinghausen bekomme jedoch ebenfalls Fördergelder von Seiten des BAMF für diverse Sprachkurse und Sprachförderangebote bei dem VHS-Kreis.

Stv. Schäfer erkundigt sich nach dem Sachstand bei der Erhebung der Hundesteuer.

Herr Tuschmann erklärt, dass die Erhebung keine nennenswerten Mehreinnahmen einbringen konnte.

Stv. Spiekermann-Blankertz erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand bei der Vertragsgestaltung für die Bücherei.

Herr Kortendieck teilt mit, dass bisher zwei weitere Treffen stattgefunden haben, bei denen weitere Beratungen hinsichtlich des Mietvertrages stattgefunden haben und sich im nächsten Schritt die Kirche hinsichtlich des Abschluss eines Vertrages äußern werde.

Zudem muss anschließend der Vertrag über die Nutzung und Finanzierung der Stadtbücherei zwischen Kirche und Stadt ausgehandelt werden.

Dieser Vertrag werde dann dem zuständigen Gremium vorgelegt.

Es bestehen daraufhin keine weiteren Anfragen, sodass Bürgermeister Borgmann den öffentlichen Teil der HFA-Sitzung um 18:43 Uhr schließt.

Bürgermeister Richard Borgmann
Vorsitzende/r

Benedikt Vester
Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

zur 12. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

der Stadt Lüdinghausen am 07.06.2016

anwesend:

Bürgermeister

Borgmann, Richard Bürgermeister	
------------------------------------	--

CDU-Fraktion

Holz, Anton	
Horstmann, Heinrich	
Merten, Michael	
Möllmann, Bernhard	
Schmidt, Knut	
Schulze Uphoff, Theo	
Steinkamp, Lena	
Waldt, Klaus-Dieter Dr.	

SPD-Fraktion

Biehle, Jerome Dr.	
Havermeier, Susanne	
Spiekermann-Blankertz, Michael	
Steinkuhl, Thomas	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kortmann, Jöran	
Kortmann, Wilhelm	Vertretung für Herrn Eckart Grundmann

UWG-Fraktion

Berau, Jürgen	Vertretung für Frau Susanne Wischniewski
Kehl, Markus	

FDP-Fraktion

Schäfer, Gregor	
-----------------	--

von der Verwaltung

Heitkamp, Armin	
-----------------	--

Kortendieck, Matthias	
Tuschmann, Werner	
Vester, Benedikt	

Entschuldigt:**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Grundmann, Eckart	
-------------------	--

UWG-Fraktion

Wischnewski, Susanne	
----------------------	--